



## Langzeitschäden

Heute Abend treffen sich die Koalitionäre von CDU und SPD, um über den Entwurf des Berliner Haushalts zu entscheiden. Das letzte Wort hat dann das Parlament. Es ist davon auszugehen, dass die Pläne des Senats weitestgehend umgesetzt werden.

Schaut man sich die Liste an, die der **rbb** gestern veröffentlichte, ist die einzusparende Summe gewaltig, auch wenn drei Milliarden Euro „nur“ etwa zehn Prozent des Gesamthaushalts ausmachen. **André Schulze**, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen, „erwartet vom Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** (CDU), dass er in der kommenden Plenarsitzung am Donnerstag eine Regierungserklärung zu den Haushaltsbeschlüssen der Koalition abgibt. Die Folgen für die Stadt sind gravierend und CDU und SPD müssen sich endlich der Debatte im Parlament stellen, statt weiter im Hinterzimmer Entscheidungen zu treffen. Die Stadt braucht endlich auch im Detail Klarheit über die Folgen der Senatspolitik.“

Auf dem Jahresempfang der CDU-Fraktion Tempelhof-Schöneberg am 8. November 2024, blickte Finanzsenator **Stefan Evers** (CDU) kritisch auf den Vorgängersensat aus SPD, Grünen und Linken. „Hätte es unter diesem keine Ausgabenexplosion gegeben, stünden wir heute besser da.“, so Evers.

660 Millionen Euro sollen in der Senatsverwaltung für **Mobilität, Verkehr und Umwelt** gestrichen werden. „Es ist der größte Einzelposten bei den Einsparungen.“ Zu den Grausamkeiten gehören Kürzungen beim ÖPNV in der Innenstadt und bei Neubauprojekten. „Der Landeszuschuss an die BVG für den Kauf von Elektrobussen wird nach den bisherigen Überlegungen der Koalition komplett wegfallen. Die Busflotte bis 2030 auf Elektroantrieb umzustellen, dürfte sich damit erledigt haben.“ Straßenbahnverlängerung, Verbesserung des Radverkehrs und die Sicherheit im Straßenverkehr sind ebenfalls betroffen. Bauarbeiten am Tempelhofer Damm sollen entfallen. Es wäre schön, wenn die laufenden Maßnahmen wenigstens zu Ende gebracht werden könnten.

**Klimaschutz**, wozu? 20 Millionen weniger. Maßnahmen zum **Gewässerschutz**, weshalb? **Grün Berlin** bekommt weniger. 70 Millionen sollen bei der **Verwaltungsdigitalisierung** gestrichen werden. **E-Akte**, was ist das? Was noch? Fahrzeuge und Technik bei **Feuerwehr und Katastrophenschutz**. Berliner Bäderbetriebe. „Betroffen sind davon Investitionen in die Bäder. Beim **Schul- und Sportstättenanierungspro-**

**gramm** will die Koalition ebenfalls den Rotstift ansetzen.“

„Auch im **Kita-, Schul- und Jugendbereich** wird in zahlreichen Bereichen zum Teil deutlich weniger Geld fließen. Beispielsweise in der **freien Jugendhilfe** könnten sich die Einbußen auf annähernd drei Millionen Euro summieren.“ Es hat sich schon immer als kontraproduktiv erwiesen, wenn Geld für die Prävention gespart wird. Allein ein Jugendlicher, der durch ein präventives Angebot nicht auf die schiefe Bahn gerät, spart eine Menge Geld. Kosten-Nutzen-Rechnungen stellt der Senat jedoch nicht an.

Berlin ist besonders stolz auf seine kostenfreien Angebote bei Kitas und Schulen, zum Beispiel dem Hortbesuch, das Mittagessen an den Grundschulen und die Lernmittelfreiheit. Alles Errungenschaften, die in der Spree zu versinken drohen.

Auch wenn sich Kultursenator **Joe Chialo** (CDU) für seinen Bereich noch so stark macht, Kürzungen bei den Theatern, dem Konzerthaus und den Philharmonikern wird es ebenso geben wie bei Museen, Projekten und Veranstaltungen.

Das **Kulturangebot** Berlins ist ein Magnet, der tausende von Touristen in die Stadt bringt. Und schon sind wir wieder bei der Kosten-Nutzen-Frage, die sich nicht dadurch beantwortet, indem man beispielsweise die **Übernachtungssteuer** erhöht.

Der **Hotel- und Gastronomieverband (DEHOGA Berlin)** warnt eindringlich vor den negativen Folgen einer weiteren Erhöhung der **Übernachtungssteuer** und fordert die Berliner Landesregierung auf, auf diese zu verzichten.

Der **Tourismus** und das **Gastgewerbe**, die stark unter den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie gelitten haben, stehen weiterhin unter großem Druck. Viele Betriebe sind noch immer mit pandemiebedingten Krediten belastet, während steigende Kosten für Energie und Personal sowie anhaltende Konsumzurückhaltung die Lage zusätzlich verschärfen. Die Branche erholt sich nur langsam. Aktuell liegt die Auslastung der Hotels noch 16,4 Prozentpunkte unter dem Niveau von 2019. Weitere Belastungen durch zusätzliche Steuern sind der falsche Weg.

Die bestehende Belastung durch die **Übernachtungssteuer**, die im April dieses Jahres kurzfristig auf Geschäftsreisende ausgeweitet wurde, hat bereits zu erheblichen Herausforderungen geführt. Eine weitere Erhöhung dieser Steuer wird die Wettbewerbsfähigkeit des Berliner Gastgewerbes schwächen und die Attraktivität der Stadt als Tourismus- und Kon-



gressstandort mindern. Steuererhöhungen führen zwangsläufig zu Preissteigerungen, die von den Gästen akzeptiert werden müssen.

Der DEHOGA Berlin spricht sich entschieden gegen eine Erhöhung der Übernachtungssteuer aus und prüft rechtliche Schritte. Zusätzliche Steuern würden die ohnehin angespannte Lage der Branche weiter verschlechtern. Anstatt die Steuerlast zu erhöhen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die den lokalen Konsum stärken und Berlin als Reiseziel attraktiver machen. Der DEHOGA Berlin hebt hervor, dass Vorschläge wie die Ausweitung der Außengastronomie und zusätzliche Sonntagsöffnungen im Einzelhandel dazu beitragen werden, die Umsätze der Betriebe zu steigern und zusätzliche Steuereinnahmen zu generieren – ohne Mehrbelastungen für Unternehmen und Bürger. Diese Maßnahmen wurden dem Senat bereits mehrfach vorgeschlagen, sind jedoch bislang nicht umgesetzt worden. Die Blockade der Sonntagsöffnungen bleibt angesichts der angespannten Haushaltslage besonders unverständlich.

Der DEHOGA Berlin fordert außerdem den Ausbau der internationalen Erreichbarkeit und eine optimierte und langfristige Veranstaltungsplanung, um Berlin stärker in den Fokus internationaler Besucher zu rücken. Messen, Kongresse und Großveranstaltungen werden den Tourismus nachhaltig fördern und die wirtschaftliche Stabilität der Stadt sichern.

Fazit: Eine Erhöhung der Übernachtungssteuer wird die bestehende Belastung verschärfen und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche gefährden. Der DEHOGA Berlin fordert die Politik auf, gemeinsam mit der Branche an nachhaltigen Konzepten zu arbeiten, um Berlin als Reiseziel zu stärken und die wirtschaftliche Stabilität zu fördern.

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Noch ist Berlin attraktiv für Besucher; die Preise für Kultur, Hotel und Gastronomie sind für viele halbwegs erschwinglich. Es geht aber nicht nur um Touristen, sondern auch um die Einheimischen, die gern ein Restaurant besuchen möchten. Immer wieder lesen wir von Gaststätten, die aufgegeben haben, weil sie die Kosten nicht mehr bewältigen konnten und die Gäste ausblieben. Nicht nur im Zentrum, sondern auch in den Kiezen darf der Italiener, Grieche oder Kroatianer an der Ecke nicht verschwinden. Wer einmal weg ist, kommt nie wieder, ein irreparabler Langzeitschaden.

**Ed Koch**

Quellen: rbb / DEHOGA Berlin